

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Thomas Hacker, Katja Suding, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23362 –**

Arbeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) ist für die Indizierung von Träger- und Telemedien mit jugendgefährdendem Inhalt auf Grundlage des Jugendschutzgesetzes zuständig. In der neuesten verfügbaren Jahresstatistik der BPjM (<https://www.bundespruefstelle.de/blob/148392/4a85d29ae8fd0573625d1d64131a74e2/20201-jahresstatistik-2019-data.pdf>) werden Anträge, Anregungen und weitere statistische Daten der Arbeit der BPjM zusammengeführt.

Laut der Internetpräsenz der BPjM hat das Referat „Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes, Prävention, Öffentlichkeitsarbeit“ die Aufgabe, auf der Grundlage des gesetzlichen Auftrages der BPjM die aktuellen und künftigen Herausforderungen an einen zukunftsfähigen Jugendmedienschutz zu gestalten. Hierfür fördere die Bundesprüfstelle eine gemeinsame Verantwortungsübernahme von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Zu diesem Zweck würden Vernetzungsstrukturen aufgebaut, die die gemeinsame Verantwortungsübernahme operativ ermöglichen. Ziel sei die Etablierung einer „Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement [...]“ (<https://www.bundespruefstelle.de/bpjm/ueberuns/aufgaben>).

Auch vor dem Hintergrund des Abschnitts „Kinder- und Jugendmedienschutz“ des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD besteht aus Sicht der Fragesteller Informationsbedarf zu den Aktivitäten der BPjM und den derzeitigen Bemühungen zur Etablierung einer Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit den Fragen 1 bis 11 sollen detaillierte statistische Erkenntnisse über einen Zeitraum von zehn Jahren dargelegt werden. In diesem Zeitraum haben sich mit der Einführung eines elektronischen Prüfregisters im Jahr 2017 einerseits Art und Umfang statistischer Erfassungs- und Recherchemöglichkeiten verändert, andererseits zielen die Fragestellungen zum Teil auf Datenerhebungen, die keine statistische Größe im Rahmen der Erfassung der Spruchpraxis der BPjM darstellen. So wird beispielsweise statistisch erfasst, wie hoch die Anzahl aller

Anträge und Anregungen im Jahr 2016 war, jedoch nicht dahingehend aufgeschlüsselt, von welchen Stellen diese Anträge bzw. Anregungen jeweils stammten.

Die nachfolgenden Antworten zu den Fragen 1 bis 11 beruhen daher teilweise auf einer händischen Recherche sowie einer Suchabfrage nach einzelnen Schlagwörtern im elektronischen Prüfregister. Eine Vollständigkeit i. S. d. Fragestellung kann dadurch nicht zu allen statistischen Größen erreicht werden.

1. Wie viele der 306 ausgewiesenen Anträge im Jahr 2019 erreichten die BPjM nach Kenntnis der Bundesregierung über
 - a) das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
 - b) die Obersten Landesjugendbehörden,
 - c) die Zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz (KJM),
 - d) die Landesjugendämter?

2. Wie viele der 306 ausgewiesenen Anträge im Jahr 2019 wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von Urheberinnen und Urhebern, Inhaberinnen und Inhabern von Nutzungsrechten sowie von Anbietern von Telemedien auf Streichung aus der Liste für jugendgefährdende Medien gestellt?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die in der Jahresstatistik der BPjM ausgewiesene Zahl 306, auf welche die Fragen 1 und 2 Bezug nehmen, bezieht sich auf die Gesamtzahl aller bei der BPjM im Jahr 2019 eingereichten Anträge im weiteren Sinne.

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden im Jahr 2019 folgende Anträge der benannten Stellen bei der BPjM eingereicht:

	Antragsberechtigte Stelle sowie sonstige Anträge	Anträge 2019
a.	BMFSFJ	0
b.	Oberste Landesjugendbehörden	1
c.	KJM	257
d.	(Landes-)Jugendämter	23
	Listenstreichungsanträge der Rechteinhaber	20
	Anträge auf Entscheidung durch das Zwölfer-Gremium	4
	Antrag auf Widerruf gemäß § 49 VwVfG	1

3. Wie viele der 412 ausgewiesenen Anregungen im Jahr 2019 erreichten die BPjM nach Kenntnis der Bundesregierung über
 - a) Polizeibehörden,
 - b) Zoll-, Finanz- und Ordnungsbehörden,
 - c) Schulen,
 - d) Träger der freien Jugendhilfe?

Die Fragen 3 bis 3d werden gemeinsam beantwortet.

Zunächst ist für die Einordnung der Zahlen in nachfolgender Tabelle klarzustellen, dass es neben den benannten Stellen noch weitere anregungsberechtigte Stellen gibt.

Von den in der Frage benannten Stellen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 folgende Anregungen bei der BPjM eingereicht:

	Anregungsberechtigte Stelle	Anregungen 2019
a.	Polizeibehörden (inkl. BKA, LKA)	340
b.	Zoll- und Ordnungsbehörden	4
c.	Schulen	42
d.	Träger der freien Jugendhilfe	7

4. Wie hat sich die Anzahl der an die BPjM gerichteten Anträge in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte in absoluten Zahlen nach Onlineangeboten, Filmen, Tonträgern, Spielen und Printmedien sowie nach antragstellender Stelle bzw. Organisation aufschlüsseln)?

Nachstehend folgen eine Aufzählung der Anträge pro Jahr, aufgeschlüsselt nach Medienart, sowie eine jährliche Übersicht über die antragsstellenden Institutionen, inklusive der Anzahl ihrer eingereichten Anträge für den Zeitraum von 2009 bis einschließlich 2019.

Anträge im Jahr 2009

Jahr 2009	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge insg. 416	34	16	19	27	315	5

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 78
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 140

Baden-Württemberg

- Kreisjugendamt Böblingen: 2
- Kreisjugendamt Heidelberg: 82
- Kreisjugendamt Ulm: 2
- Landratsamt Rastatt: 1

Bayern

- Kreisjugendamt Lindau: 2
- Landratsamt, Amt für Jugend und Familie: 1
- Stadtjugendamt Ansbach: 1
- Stadtjugendamt München: 1
- Stadtjugendamt Regensburg: 1

Brandenburg

- Landratsamt Potsdam-Mittelmark: 1
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: 3

Hessen

- Kreisjugendamt Gelnhausen: 1

Niedersachsen

- Kreisjugendamt Celle: 19
- Kreisjugendamt Helmstedt: 3

Nordrhein-Westfalen

- Stadtjugendamt Bochum: 36
- Stadtjugendamt Köln: 1
- Stadtjugendamt Krefeld: 4
- Stadtjugendamt Mönchengladbach: 2

Rheinland-Pfalz

- Kreisjugendamt Bitburg-Prüm: 2

Saarland

- Kreisjugendamt Saarbrücken: 1

Sachsen

- Stadtjugendamt Leipzig: 1
- Kreisjugendamt Oschatz: 1
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 30

Anträge im Jahr 2010:

Jahr 2010	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 520	28	14	34	1	442	1

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 20
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 282

Baden-Württemberg

- Kreisjugendamt Rhein-Neckar: 125

Bayern

- Kreisjugendamt Günzburg: 1
- Kreisjugendamt Würzburg: 27
- Stadtjugendamt München: 3

Berlin

- Bezirksamt Neukölln Arbeitsgruppe Jugendschutz: 1
- Bezirksamt Reinickendorf Abt. Jugend und Familie: 1
- Bezirksamt Zehlendorf Abt. Jugend, Schule u. Umwelt: 1

Bremen

- Stadtjugendamt Bremerhaven: 1

Niedersachsen

- Stadtjugendamt Hannover: 2

Nordrhein-Westfalen

- Stadtjugendamt Bochum: 29

Sachsen

- Staatsministerium für soziales u. Verbraucherschutz: 1
- Stadtjugendamt Leipzig: 1

Schleswig-Holstein

- Kreisjugendamt Dithmarschen: 1
- Kreisjugendamt Herzogtum Lauenburg: 1
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 23

Anträge im Jahr 2011:

Jahr 2011	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 645	116	32	115	1	379	2

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 43
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 25

Baden-Württemberg

- Jugendamt Rhein-Neckar-Kreis: 94
- Kreisjugendamt Lörrach: 17

Bayern

- Landratsamt Würzburg: 191

Hessen

- Jugendamt Marburg: 2

Niedersachsen

- Kreisjugendamt Gifhorn: 1
- Kreisjugendamt Helmstedt: 1

Nordrhein-Westfalen

- Jugendamt Gelsenkirchen: 1
- Jugendamt Krefeld: 1
- Jugendamt Rheinberg: 1
- Jugendamt Witten: 1

Schleswig-Holstein

- Jugendamt Dithmarschen: 1
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 40

Anträge im Jahr 2012:

Jahr 2012	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 433	25	20	8	7	372	1

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 34
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 251

Baden-Württemberg

- Jugendamt Rhein-Neckar-Kreis: 82
- Jugendamt Waldshut: 1

Bayern

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen: 1
- Jugendamt Bad Kissingen: 1
- Jugendamt München: 1
- Jugendamt Regensburg: 1
- Landratsamt Würzburg: 1
- Polizeiinspektion Weißenhorn: 1

Berlin

- Bezirksamt Lichtenberg Abt. Jugend und Gesundheit: 1
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf Abt. Jugend: 1
- Bezirksamt Treptow-Köpenick Abt. Jugend: 1

Hessen

- Jugendamt Limburg-Weilburg: 1

Niedersachsen

- Jugendamt Hannover: 1

Nordrhein-Westfalen

- Jugendamt Bochum: 11
- Jugendamt Erftstadt: 1
- Jugendamt Hemer: 1
- Jugendamt Paderborn: 4

Rheinland-Pfalz

- Jugendamt Zweibrücken: 1

Saarland

- Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention: 1

Sachsen

- Jugendamt Leipzig: 4
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 31

Anträge im Jahr 2013:

Jahr 2013	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 509	32	6	14	6	449	2

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 80
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 270

Baden-Württemberg

- Jugendamt Rhein-Neckar-Kreis: 34
- Jugendamt Tauberbischofsheim: 1
- Landratsamt Lörrach: 2

Bayern

- Landratsamt Würzburg: 14

Berlin

- Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf Abt. Jugend: 1

Hamburg

- Stadt Hamburg Jugendinformationszentrum: 1

Hessen

- Jugendamt Gießen: 1

Nordrhein-Westfalen

- Jugendamt Wuppertal: 2
- Kreisjugendamt Paderborn: 62

Rheinland-Pfalz

- Jugendamt Pirmasens: 1
- Kreisverwaltung Trier-Saarburg Jugendpflege: 1

Saarland

- Jugendamt Saarbrücken: 2

Sachsen-Anhalt

- Jugendamt Halle/Saale: 1

Thüringen

- Ministerium für Soziales, Familie u. Gesundheit: 2
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 34

Anträge im Jahr 2014:

Jahr 2014	Filme	Spiele		Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 514	24	6		2	2	480	0

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 171
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 247

Niedersachsen

- Jugendamt-Jugendschutz LH Hannover: 1

Nordrhein-Westfalen

- Kreisjugendamt Paderborn: 65

Rheinland-Pfalz

- Stadtjugendamt Trier: 1

Sachsen

- Jugendamt Werdau: 1

Thüringen

- Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit: 1
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 27

Anträge im Jahr 2015:

Jahr 2015	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 367	18	4	4	0	340	1

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 124
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 111

Baden-Württemberg

- Kreisjugendamt Rhein-Neckar-Kreis: 1

Nordrhein-Westfalen

- Jugendamt Mülheim/Ruhr: 11
- Kreisjugendamt Paderborn: 99

Saarland

- Kreisjugendamt Neunkirchen: 1

Sachsen

- Stadtjugendamt Leipzig: 3

Schleswig-Holstein

- Kreisjugendamt Eutin: 1
- Urheber/in, Inhaber/in der Nutzungsrechte, Anbieter/in gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 7 JuSchG: 16

Anträge im Jahr 2016:

Jahr 2016	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 519	24	13	2	1	479	0

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Behörde für Schule und Berufsausbildung-Jugendinformationszentrum (JIZ), Hamburg: 2
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): 15
- Jugendamt Berlin, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg: 1
- Jugendamt Haltern am See: 1
- Jugendamt Osnabrück: 1
- Kreisjugendamt Paderborn: 66
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 393
- Landeshauptstadt München Sozialreferat Stadtjugendamt Jugendschutz (Bayern): 1
- Landratsamt München Referat Kinder, Jugend und Familie: 1
- Stadt Landau in der Pfalz, Jugendamt/Jugendförderung: 1
- Stadtjugendamt München: 1
- Listenstreichungsanträge von Rechteinhabern: 36

Anträge im Jahr 2017:

Jahr 2017	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 413	26	9	1	4	373	0

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Amt für Jugend und Familie, Chemnitz: 1
- Amt für Kinder, Jugend und Familie – Psychologische Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Bundestadt Bonn (NRW): 5
- Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Münster: 2
- Jugendamt Leipzig: 6
- Jugendamt der Stadt Wetzlar (Hessen): 13
- Kreisjugendamt Paderborn: 66
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 281
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW): 1
- Stadtjugendamt Leipzig: 1

- Stadt Münster, Amt für Kinder Jugendliche und Familie (Jugendamt) (NRW): 1
- Listenstreichungsanträge von Rechteinhabern: 36

Anträge im Jahr 2018:

Jahr 2018	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 275	35	9	5	2	224	0

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Amt für Jugend und Familie – Jugendschutzstelle – Regensburg (Bayern): 1
- Kreisjugendamt Paderborn: 57
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 162
- Kreisverwaltung Altenkirchen – Jugend und Familie – (Rheinland-Pfalz): 1
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)-Landesjugendamt Sachbereich Jugendförderung (NRW): 13
- Sozial- und Jugendamt der Stadt Konstanz (Baden-Württemberg): 3
- Stadt Regensburg – Amt für Jugend und Familie, Sachgebiet Jugendschutz (Bayern): 3
- Stadtverwaltung Koblenz – Jugendamt (Rheinland-Pfalz): 1
- Listenstreichungsanträge von Rechteinhabern: 26
- Anträge auf Entscheidung des 12er-Gremiums: 8

Anträge im Jahr 2019:

Jahr 2019	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anträge 306	16	4	0	10	276	0

Antragstellende Stellen/Organisationen:

- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Berlin – Jugendamt: 2
- Jugendamt Landkreis Leipzig: 1
- Jugendamt Gera: 2
- Kommission für Jugendmedienschutz (KJM): 257
- Kreisjugendamt Coesfeld: 1
- Kreisverwaltung Germersheim – Jugendamt: 1
- Landkreis Hameln-Pyrmont – Jugendamt: 1
- Landratsamt Heilbronn Jugendamt Besondere Dienste/Kreisjugendpflege: 7
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (Rheinland-Pfalz): 1
- Ständige Vertreterin der OLJB bei der FSK GmbH: 1
- Stadt Münster, Amt für Kinder Jugendliche und Familie – Jugendamt: 7
- Stadt Pulheim – Jugendamt: 1
- Listenstreichungsanträge von Rechteinhabern: 20
- Anträge auf Entscheidung des 12er-Gremiums: 4

5. Wie hat sich die Anzahl der an die BPjM gerichteten Anregungen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte in absoluten Zahlen nach Onlineangeboten, Filmen, Tonträgern, Spielen und Printmedien sowie nach anregungsberechtigter Stelle bzw. Organisation aufschlüsseln)?

Nachstehend folgt eine Aufzählung der Anregungen pro Jahr, aufgeschlüsselt nach Medienart sowie eine jährliche Übersicht über die anregenden Institutionen, inklusive der Anzahl ihrer eingereichten Anregungen für den Zeitraum von 2009 bis einschließlich 2019.

Anregungen im Jahr 2009:

Jahr 2009	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 462	232	57	10	142	21	0

Anregungsberichtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 19
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 2
- Bundeskriminalamt: 15

Baden-Württemberg

- Hauptzollamt Ulm: 31
- Ordnungsamt Heilbronn: 1
- Polizeipräsidium Karlsruhe: 1
- Polizeirevier Baden-Baden: 1

Bayern

- Hauptzollamt Schweinfurt: 12
- Kriminalpolizeiinspektion Augsburg: 4
- Landeskriminalamt: 75
- Polizeiinspektion Plattling: 3

Berlin

- Polizeipräsident: 1
- Senatsverwaltung für Inneres, Abt. Verfassungsschutz: 1

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 53

Bremen

- Kriminalpolizeidirektion: 1
- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Mecklenburg-Vorpommern

- Innenministerium: 1
- Landeskriminalamt: 18

Niedersachsen

- Hauptzollamt Oldenburg: 1
- Landeskriminalamt: 6
- Staatsanwaltschaft Hannover: 1

Nordrhein-Westfalen

- Aktion Jugendschutz: 1
- Deutsche Sporthochschule Köln: 1
- Hauptzollamt Münster: 10
- Ordnungsamt Hille: 1
- Ordnungsamt Witten: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 176
- Polizeipräsidium Bielefeld: 1
- Polizeipräsidium Münster: 1
- Zollamt Lemgo: 1

Rheinland-Pfalz

- Zollamt Bad-Hersfeld: 1

Sachsen

- Landeskriminalamt: 15

Schleswig-Holstein

- Hauptzollamt Itzehoe: 2
- Realschule am Marschweg, Kaltenkirchen: 1

Thüringen

- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Anregungen im Jahr 2010:

Jahr 2010	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen	36	50	23	160	11	2
282						

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 3
- Bundesamt für Verfassungsschutz: 14
- Landeskriminalamt: 54

Baden-Württemberg

- Hauptzollamt Lörrach: 1
- Landesamt für Verfassungsschutz: 1
- Ordnungsamt Heilbronn: 1
- Polizeidirektion Waiblingen: 1
- Polizeirevier Öhringen: 1

Bayern

- Deutscher Kinderschutzbund LV: 1
- Falkenburg Kinder- und Jugendklub: 4
- Hauptzollamt Ulm: 15
- Kriminalfachdezernat7 München: 4
- Landeskriminalamt: 35
- Peter-Vischer-Schule Nürnberg: 1
- Polizeiinspektion Augsburg 6: 5
- Polizeiinspektion Plattling: 1
- Polizeipräsidium Mittelfranken: 1
- Polizeipräsidium Oberbayern Süd OED Traunstein: 3
- Staatsanwaltschaft München I: 1

Berlin

- Landeskriminalamt: 1

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 50

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 3
- Zollfahndungsamt: 1

Hessen

- Hauptzollamt Gießen: 2

Mecklenburg-Vorpommern

- Hauptzollamt Stralsund: 1
- Landeskriminalamt: 14

Niedersachsen

- Polizeistation Kleefeld: 1

Nordrhein-Westfalen

- Amnesty International; Gruppe Bad Honnef: 1
- Hauptzollamt Dortmund/Zollamt Ost: 3
- Hauptzollamt Münster: 2
- Kreispolizeibehörde Heinsberg: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 26

Rheinland-Pfalz

- Polizeipräsidium Ludwigshafen: 5

Saarland

- Zollamt Saarbrücken: 4

Sachsen

- Landeskriminalamt: 14
- Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge: 1

Sachsen-Anhalt

- Polizeidirektion Nord, Magdeburg: 1

Schleswig-Holstein

- Finanzamt Ratzeburg: 1
- Hauptzollamt Itzehoe: 2

Thüringen

- Landeskriminalamt: 1

Anregungen im Jahr 2011:

Jahr 2011	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 396	108	63	10	206	9	0

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 13
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 1

Baden-Württemberg

- Hauptzollamt Ulm: 10

Bayern

- Bereitschaftspolizeiabteilung Königsbrunn: 7
- Hauptzollamt Nürnberg: 2
- Hauptzollamt Regensburg: 7
- Landeskriminalamt: 71
- Polizeiinspektion Coburg: 1
- Polizeiinspektion Mittelfranken: 1
- Polizeiinspektion Plattling: 1
- Polizeipräsidium Oberbayern OED Rosenheim: 4
- Zollamt Donauwörth: 1
- Zollamt Ingolstadt: 1
- Zollamt Schweinfurt: 1

Berlin

- Ärztekammer: 1
- Landeskriminalamt: 1
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abt. Verfassungsschutz: 11

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 63

Bremen

- Amt für soziale Dienste: 1
- Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau: 1

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Hessen

- Hauptzollamt Gießen: 1
- Zollamt Bad Hersfeld: 1

Mecklenburg-Vorpommern

- Landeskriminalamt: 69

Niedersachsen

- Landeskriminalamt: 1
- Polizeiinspektion Braunschweig: 1
- Zollamt Wilhelmshaven: 42

Nordrhein-Westfalen

- Hauptzollamt Münster: 9
- Landeskriminalamt: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 39
- Zollamt Ruhrort: 1

Rheinland-Pfalz

- Kriminalpolizei Neuwied: 2
- Polizeipräsidium Rheinpfalz: 1
- Zollamt Bruchsal: 1
- Zollamt Germersheim: 1

Saarland

- Zollamt Saarbrücken: 13

Sachsen

- Landeskriminalamt: 10

Sachsen-Anhalt

- Jugendanstalt Raßnitz: 1
- Polizeirevier Salzlandkreis: 1

Thüringen

- Landeskriminalamt: 1

Anregungen im Jahr 2012:

Jahr 2012	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 249	59	39	32	99	18	2

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 6
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 1

Baden-Württemberg

- Hauptzollamt Ulm: 7
- Zollamt Bruchsal: 2
- Zollamt Weil am Rhein: 4

Bayern

- Gymnasium Fridericianum Erlangen: 3
- Landeskriminalamt: 58
- Polizei Traunstein: 1
- Polizeiinspektion Plattling: 2
- Zollamt Kempten: 4
- Zollamt Schweinfurt: 1

Berlin

- Polizeipräsidium: 1
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport: 4

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 68

Hessen

- Zollamt Bad Hersfeld: 12
- Zollamt Fulda: 1

Mecklenburg-Vorpommern

- Landeskriminalamt: 3
- Zollamt Rostock: 10

Niedersachsen

- Landestelle Jugendschutz: 1
- Polizeikommissariat Meppen: 1
- Polizeikommissariat Papenburg: 1

Nordrhein-Westfalen

- AG Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V.: 1
- Hauptzollamt Dortmund: 2
- Jugendförderung Stadt Solingen: 1
- Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 17
- Polizeipräsidium Düsseldorf: 1
- Zollamt Coesfeld: 1
- Zollamt Ruhrort: 8

Rheinland-Pfalz

- Helmholtz-Gymnasium Zweibrücken: 9
- Justizvollzugsanstalt (JVA) Ludwigshafen: 1
- Polizeipräsidium KI K12: 1
- Zollamt Germersheim: 5

Sachsen

- Landeskriminalamt: 8

Schleswig-Holstein:

- Zollamt Brunsbüttel: 1

Thüringen

- Kriminalpolizeistation Eisenach: 1

Anregungen im Jahr 2013:

Jahr 2013	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 298	99	20	18	93	68	0

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 3
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 1
- Bundeskriminalamt: 26

Baden-Württemberg

- Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart: 2
- Kriminalpolizei Ulm: 6
- Landeskriminalamt: 1
- Polizeipräsidium Karlsruhe: 1
- Polizeipräsidium Stuttgart: 2

Bayern

- Deutscher Kinderschutzbund LV Bayern: 1
- Hauptzollamt Regensburg: 1
- Kriminalpolizei Waiblingen: 1
- Landeskriminalamt: 19
- Polizeiinspektion Nürnberg: 4
- Polizeiinspektion Plattling: 33
- Polizeiinspektion Rottenburg an der Laaber: 1
- Verkehrspolizeiinspektion Ansbach: 1

Berlin

- Polizeidirektion 3: 1

Brandenburg

- Gemeindejugendwerk Wustermark: 1
- Landeskriminalamt: 64

Bremen

- Schule an der Vahr: 1

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Hessen

- Hauptzollamt Gießen: 17
- Landeskriminalamt: 11
- Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main: 2
- Zollamt Bad Hersfeld: 53

Mecklenburg-Vorpommern

- Landeskriminalamt: 2
- Ministerium für Inneres und Sport: 2

Niedersachsen

- Landeskriminalamt: 2

Nordrhein-Westfalen

- Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf: 3
- Hauptzollamt Dortmund: 2
- Hauptzollamt Duisburg Zollamt Ruhrort: 10
- Kriminalkommissariat Essen: 1
- Ministerium für Inneres und Kommunales: 1
- Ordnungsamt Bergkamen: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 3
- Polizeipräsidium Köln: 2
- Polizeipräsidium Münster: 1

Rheinland-Pfalz

- Finanzamt Trier: 5
- Hunsrückschule Simmern: 1
- Landeskriminalamt: 1

Sachsen

- Landeskriminalamt: 3
- Sachsen-Anhalt
- Freiwilligen-Agentur Halle Saalkreis e.V.: 3

Thüringen

- LAG Kinder- u. Jugendschutz Thüringen e.V.: 1

Anregungen im Jahr 2014:

Jahr 2014	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 273	58	22	12	114	67	0

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 5
- Bundeskriminalamt: 46

Baden-Württemberg

- Kriminalpolizei Esslingen: 1
- Landeskriminalamt: 1
- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Bayern

- Landeskriminalamt: 13
- Staatsanwaltschaft München I: 6
- Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth: 1
- Verkehrspolizeiinspektion Ansbach: 1

Berlin

- Senatsverwaltung für Inneres und Sport: 8
- Landeskriminalamt 5

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 60

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 1

Hessen

- Landeskriminalamt: 22
- Polizeipräsidium Osthessen: 1
- Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main: 1
- Zollamt Bad Hersfeld: 55

Mecklenburg-Vorpommern

- Landeskriminalamt: 16

Nordrhein-Westfalen

- Aktion Jugendschutz NRW: 1
- Berufskolleg Köln: 1
- Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf: 3
- Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum: 2
- Landeskriminalamt: 1
- Ordnungsamt Wuppertal: 13
- Polizeipräsidium Münster: 1

Rheinland-Pfalz

- Finanzamt Trier: 4

Thüringen

- Kriminalpolizeiinspektion Gotha: 3

Anregungen im Jahr 2015:

Jahr 2015	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 491	188	11	29	94	169	0

Anregungsberechtigte Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 15
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 11
- Bundeskriminalamt: 143

Baden-Württemberg

- Hauptzollamt Karlsruhe: 1
- Kriminalpolizeidirektion Friedrichshafen: 8

Bayern

- Hauptzollamt Ulm: 4
- Polizeiinspektion Nürnberg: 1
- Staatsanwaltschaft Memmingen: 1
- Staatsanwaltschaft München: 2
- Verkehrspolizeiinspektion Ansbach: 2
- Zollamt Aschaffenburg: 4
- Zollamt Bamberg: 2

Berlin

- Landeskriminalamt: 4
- Polizeipräsident Projektgruppe Neue Medien: 1

Brandenburg

- Landeskriminalamt: 63

Hamburg

- Landesamt für Verfassungsschutz: 6
- Landeskriminalamt: 2

Hessen

- Finanzamt Gießen: 8
- Stadtjugendpflege Friedberg: 1
- Zollamt Bad Hersfeld: 53

Mecklenburg-Vorpommern

- Landeskriminalamt: 7

Niedersachsen

- Polizeiinspektion Gifhorn: 1
- Zollamt Kreyenbrück: 1

Nordrhein-Westfalen

- Ministerium f. Inneres, Abt. Verfassungsschutz: 2
- Ordnungsamt Wuppertal: 5
- Polizeipräsidium Duisburg: 1

Rheinland-Pfalz

- Kriminaldirektion Koblenz: 2
- Zollamt Germersheim: 1

Sachsen

- Landeskriminalamt: 8
- Polizeidirektion Leipzig (OAZ Dresden): 3

Sachsen-Anhalt

- Landeskriminalamt: 5

Schleswig-Holstein

- Kriminalpolizei Plön: 123

Anregungen im Jahr 2016:

Jahr 2016	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 464	105	6	16	131	206	0

Anregende Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 14
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 2
- Bundeskriminalamt: 194
- Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (Bremen): 1
- Fritz-Karsen-Schule: 3
- Georg-Müller-Grund- und Realschule: 3
- Kriminalpolizei Plön: 56
- Landeskriminalamt Berlin: 1
- Landeskriminalamt Brandenburg: 63
- Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern: 4
- Landeskriminalamt NRW: 1
- Landeskriminalamt Sachsen: 22
- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt: 33
- Ordnungsamt Wuppertal: 4
- Polizeipräsidium Frankfurt – KD K42: 1
- Polizeipräsidium Oberfranken – OEG Bamberg: 1
- Polizei Bremen, K 31 – Kriminaldauerdienst: 1
- Polizei Hamburg, LKA: 1
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin: 1
- Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main: 1
- Zollamt Lemgo: 5
- Zollamt Bad Hersfeld: 52

Anregungen im Jahr 2017:

Jahr 2017	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 378	8	5	22	89	254	0

Anregende Stellen/Organisationen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz: 9
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz (BAJ): 3
- Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE): 2
- Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen BPP/BPZ 132: 1
- Bundeskriminalamt: 235
- Hochschule Darmstadt: 1
- Kriminalpolizeiinspektion (KPIZ) Schwaben Süd/West: 2
- Landesamt für Verfassungsschutz BWB: 1
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen: 1
- Landeskriminalamt Bayern: 13
- Landeskriminalamt Berlin: 2
- Landeskriminalamt Brandenburg: 63
- Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern: 18
- Landeskriminalamt Sachsen: 1
- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt: 9
- Ordnungsamt Wuppertal: 4
- Polizeipräsidium Osthessen: 1
- Polizeipräsidium Konstanz: 2
- Polizeidienststelle Chemnitz: 1
- Staatsanwaltschaft: 1
- Universitätsbibliothek Wuppertal: 1
- Zollamt Bad Hersfeld: 4
- Zollamt Ruhrort: 3

Anregungen im Jahr 2018:

Jahr 2018	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 504	107	2	11	79	305	0

Anregende Stellen/Organisationen:

- Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin – Ordnungsamt: 2
- Bundeskriminalamt Meckenheim: 1
- Bundeskriminalamt Wiesbaden: 299
- Der Polizeipräsident in Berlin LKA 132: 1
- Der Polizeipräsident in Berlin LKA Abteilung Polizeilicher Staatsschutz: 2

- Hauptzollamt Frankfurt am Main: 1
- Hauptzollamt Ulm: 107
- Hauptzollamt Gießen – Zollamt Oberursel: 6
- Kriminalfachdezernat 1 – Kommissariat 14: 4
- Kriminalpolizeiinspektion Bayreuth: 3
- Landeskriminalamt Brandenburg Abt. Zentraler Staatsschutz, Terrorismusbekämpfung: 62
- Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern Abt. 3: 5
- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt: 1
- Landschaftsverband Rheinland-Förderschule Mönchengladbach: 1
- Polizeiinspektion Braunschweig Polizeikommissariat Süd: 1
- Polizeipräsidium Dortmund – Polizeiinspektion 2: 1
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Abteilung II: 1
- Staatsanwaltschaft Bonn: 1
- Staatsanwaltschaft Gießen: 1
- Staatsanwaltschaft Hamburg: 3
- Stadt Wuppertal – Ressort 302.13 – Ordnungsamt: 1

Anregungen im Jahr 2019:

Jahr 2019	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
Anregungen 412	15	0	9	81	307	0

Anregende Stellen/Organisationen:

- Albert-Schweitzer-Gymnasium: 1
- Bezirksamt Harburg – Allgemeiner Sozialer Dienst: 2
- Bundeskriminalamt Wiesbaden: 231
- Bundesamt für Verfassungsschutz: 5
- Bundesministerium der Verteidigung: 1
- Bundespolizei: 1
- Bundespolizeiinspektion Rosenheim: 1
- Christian-Wolfrum-Grundschule Hof: 3
- Comenius-Schule Flensburg: 1
- Der Polizeipräsident in Berlin – Landeskriminalamt 544: 2
- Der Polizeipräsident in Berlin – Landeskriminalamt Abteilung Polizeilicher Staatsschutz: 2
- Der Polizeipräsident in Berlin Polizeipräsidium Stab IV 23 Social Media Management: 1
- Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 533: 1
- Der Polizeipräsident in Berlin, Polizeiabschnitt 41: 2
- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband: 2

- Deutsch-Französisches Gymnasium: 1
- Evangelische Jugendhilfe Kirschbäumleboden gGmbH: 1
- Gemeinschaftsschule Rheintal: 2
- Georg-Büchner-Gymnasium Seelze: 1
- Gesamtschule Peter Joseph Lenné Potsdam: 1
- Geschwister-Scholl-Schule: 1
- Grundschule Uelsen: 1
- Gymnasium am Stadtpark: 2
- Gymnasium der Stadt Kerpen – Europaschule: 2
- Gymnasium Osterbek: 3
- Hauptzollamt Berlin: 1
- Hauptzollamt Gießen – Zollamt Bad Hersfeld: 1
- Hermann-Tast-Schule: 2
- Humboldtschule Hannover: 2
- Jugendstelle Schelldorf des Dekanats Eichstätt: 2
- Kerschensteiner Grund- und Mittelschule Germering: 2
- Kreispolizeibehörde Unna: 2
- Kriminalkommissariat Ravensburg: 1
- Kriminalpolizeiinspektion Jena: 1
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: 1
- Landkreis Nordwestmecklenburg, Fachdienst Jugend: 1
- Leibnizschule Hannover: 1
- Landeskriminalamt Brandenburg Abt. Zentraler Staatsschutz, Terrorismusbekämpfung: 68
- Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern Abteilung 3: 9
- Landeskriminalamt Sachsen: 1
- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt: 5
- Landeskriminalamt Schleswig-Holstein Abteilung 3: 3
- Marie-Baum-Schule: 2
- Merz Schule und Merz Internat Kindergarten: 1
- Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern: 1
- Präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich (PAD) gGmbH: 2
- Paul-Hindemith-Grundschule Freiburg: 1
- Pfenningparade Ernst-Barlach-Schule: 1
- Polizei Sachsen: 1
- Polizeiinspektion Northeim Zentraler Kriminaldienst/1. Fachkommissariat: 3
- Polizeipräsidium München – Pressestelle/Social-Media-Team: 1

- Polizeipräsidium Westhessen – Polizeidirektion Wiesbaden – Haus des Jugendrechts: 2
- Polizeipräsidium Konstanz: 1
- Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen, Referat 3, Auswahlteam: 1
- Regionales Berufliches Bildungszentrum (RBB GeSoTec) Neubrandenburg: 1
- Robert-Gerwig-Schule: 1
- Schule Marienau: 1
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Abteilung II: 4
- Staatliche Realschule Zirndorf: 2
- Staatsanwaltschaft Münster: 3
- Stadt Detmold, Fachbereich 3, Fachgebiet Bürgerberatung, Ordnungs- und Standesamtsangelegenheiten: 2
- Stadt Osnabrück – Fachdienst Jugend: 1
- Städtische Ludwig-Thoma-Realschule: 3
- Willy-Brandt-Gesamtschule: 3

6. Wie hat sich die Anzahl der von Amts wegen eingeleiteten Verfahren der BPjM in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte in absoluten Zahlen angeben und nach Printmedien, Filmen, Tonträgern, Spielen und Onlineangeboten aufschlüsseln)?

Nachstehend folgt eine Auflistung der von Amts wegen (v.A.w.) eingeleiteten Verfahren der BPjM für den Zeitraum von 2009 bis 2019, aufgeschlüsselt nach Medienart.

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2009:

Jahr 2009	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	325	3	101	6	2	2

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2010:

Jahr 2010	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	266	8	169	13	0	6

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2011:

Jahr 2011	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	240	21	175	9	0	1

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2012:

Jahr 2012	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	274	41	125	12	0	1

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2013:

Jahr 2013	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	268	41	143	1	0	6

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2014:

Jahr 2014	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	170	29	99	0	0	8

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2015:

Jahr 2015	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	162	7	84	8	0	144

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2016:

Jahr 2016	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	165	28	79	3	4	0

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2017:

Jahr 2017	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	162	32	96	23	0	0

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2018:

Jahr 2018	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	112	24	99	30	0	0

Eingeleitete Verfahren von Amts wegen im Jahr 2019:

Jahr 2019	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	108	36	109	45	0	0

7. Wie haben sich die Indizierungsgründe für die Aufnahme und den Verbleib in der Liste der jugendgefährdenden Medien in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte in absoluten Zahlen nach Indizierungsgründen sowie betroffenem Medium aufschlüsseln)?

Im Rahmen der Erfassung der Spruchpraxis der BPjM werden die Indizierungsgründe seit 2016 statistisch erfasst – unter Weiterentwicklung der Einordnungsansätze.

Der Wechsel in der Darstellung ist also der fortwährenden Ausdifferenzierung geschuldet, auch mit Blick auf eine dadurch verbesserte statistische Darstellungsmöglichkeit. Nachstehend folgen entsprechend vorhandene Auflistungen der Indizierungsgründe für den Zeitraum von 2016 bis einschließlich 2019:

Indizierungsgründe gemäß Jahresstatistik 2016

Harte Pornografie: 138

(Gewalt-, Tier-, Kinder- und Jugendpornografie)

Einfache Pornografie: 106

101 Verfahren zu:

- NS-Verherrlichung/Propagierung NS-Ideologie
- Verbreitung Propagandamittel mit Bestrebung Fortsetzung NS

- Verbreitung Rassismus/Antisemitismus
- Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

76 Verfahren zu:

- (verrohende) Darstellungen von Gewalt
- Anreizung zu Gewalttätigkeit und Verbrechen

59 Verfahren zu:

- Volksverhetzung/Aufruf zu Gewalt gegen Teile der Bevölkerung
- Holocaust-Leugnung/Auschwitz-Lüge
- Anreizung zum Rassenhass: 55
- Menschenwürdeverletzung: 19
- Diskriminierung bestimmter Personengruppen: 13
- Posendarstellungen Minderjähriger (unterhalb Kinderpornografie): 13
- Verherrlichung/Verharmlosung von Drogen/Alkohol: 10
- Propagierung/Verharmlosung selbstverletzenden Verhaltens: 9

8 Verfahren zu:

- Anleitung zu Straftaten (z. B. Sprengstoffherstellung)
- Unsittlich
- Kriegsverherrlichung/-verharmlosung
- Aufruf zum Dschihad/Verherrlichung des Kampfes gegen Nichtmuslime
- Sex und Gewalt verknüpfende Darstellungen: 7
- Gewaltverherrlichung/-verharmlosung: 2

2 Verfahren zu:

- Propagierung/Nahlegung Selbstjustiz
- Befürwortung Inzest/Missbrauch

Indizierungsgründe gemäß Jahresstatistik 2017

Einfache Pornografie: 189

Harte Pornografie: 180

(Kinder-, Jugend-, Tier- und Gewaltpornografie)

NS-Gedankengut: 101

(NS-Verherrlichung/Propagierung NS-Ideologie,

Verbreitung Rassismus/Antisemitismus,

Verbreitung Propagandamittel mit Bestrebung Fortsetzung NS)

Anreizung zum Rassenhass: 74

Gewalt: 70

(verrohende Darstellungen von Gewalt,

Anreizung zu Gewalttätigkeit und Verbrechen)

56 Verfahren zu:

- Volksverhetzung/Holocaust-Leugnung
- Volksverhetzung/Aufruf zu Gewalt gegen Teile der Bevölkerung,
- Holocaust-Leugnung/Auschwitz-Lüge

Verherrlichung/Verharmlosung Drogenkonsums/exzessiven Alkoholkonsums:
26

Menschenwürdeverletzung: 11

Diskriminierung bestimmter Personengruppen: 10

Sex und Gewalt verknüpfende Darstellungen: 8

Propagierung/Verharmlosung selbstverletzenden Verhaltens: 5

Aufruf zum Dschihad/Verherrlichung des Kampfes gegen Nichtmuslime: 5

Gewaltverherrlichung/-verharmlosung: 3

Befürwortung Inzest/Missbrauch: 3

Darstellungen von Sexualität (unterhalb Pornografie): 3

Sonstiges: 5

Posendarstellungen Minderjähriger (unterhalb Kinderpornografie),

Kriegsverherrlichung/-verharmlosung,

Verharmlosung/Befürwortung von Züchtigung/Prügelstrafe zur Erziehung,

Propagierung/Nahlegung Selbstjustiz, Sprache (obzön, zynisch, derb, vulgär)

Indizierungsgründe gemäß Jahresstatistik 2018:

(harte) Pornografie/sexualethische Desorientierung: 333

((Virtuelle) Kinder- und Jugendpornografie, Tierpornografie, Gewaltpornografie/einfache Pornografie/Posendarstellungen/Unsittlichkeit)

NS- Gedankengut: 211

(Verherrlichung/Verharmlosung des Nationalsozialismus/Kriegsverherrlichung/
Anreize zu Rassenhass, insbesondere Antisemitismus/§ 86 StGB (Verbreiten
von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen)/§ 130 StGB
(Volksverhetzung))

Gewalt: 76

(Verrohung/Anreize zu Gewalttätigkeit und/oder Verbrechen/selbstzweckhafte
und detaillierte Darstellung von Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelsze-
nen/Nahlegen von Selbstjustiz/§ 131 StGB (Gewaltdarstellungen))

Anreize zu Rassenhass (ohne NS-Bezug): 28

Diskriminierung: 13

(Benachteiligung oder Herabwürdigung von einzelnen Menschen oder Gruppen
aufgrund von Bewertungen anhand von tatsächlichen oder zugeschriebenen
gruppenspezifischen Merkmalen, etwa Abstammung, Hautfarbe oder Ethnie,
nationale Herkunft, Geburt, soziale Herkunft oder wirtschaftliche Verhältnisse,
Sprache oder Alter, Geschlecht, Religion, politische oder sonstige Überzeu-

gung, sexuelle Orientierung sowie körperliche oder geistige Fähigkeiten und körperliches Erscheinungsbild)

Nahelegen von selbstschädigendem Verhalten: 3

(Verherrlichung/Verharmlosung von Drogenkonsum/Alkoholkonsum/Esstörungen (Pro Ana))

Indizierungsgründe gemäß Jahresstatistik 2019

Kinder-, Jugend-, Gewalt- und Tierpornografie: 256

Kinderpornografie, § 184b StGB: 194

Jugendpornografie, § 184c StGB: 46

Gewaltpornografie, § 184a StGB: 8

Tierpornografie, § 184a StGB: 8

Einfache Pornografie/sexualethische Desorientierung: 184

Einfache Pornografie, § 184 StGB: 175

Posendarstellungen, § 15 Absatz 2 Nummer 4 JuSchG: 5

Unsittlichkeit, § 18 Absatz 1 JuSchG: 4

NS-Gedankengut: 173

(Verherrlichung/Verharmlosung des Nationalsozialismus/Kriegsverherrlichung/Anreizen zu Rassenhass, insbesondere Antisemitismus/§ 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen)/§ 130 StGB (Volksverhetzung))

Gewalt: 123

(Verrohung/Anreizen zu Gewalttätigkeit und/oder Verbrechen/selbstzweckhafte und detaillierte Darstellung von Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen/Nahelegen von Selbstjustiz/§ 131 StGB (Gewaltdarstellungen))

Anreizen zu Rassenhass (ohne NS-Bezug): 55

Nahelegen von selbstschädigendem Verhalten: 16

(Verherrlichung/Verharmlosung von Drogenkonsum/Alkoholkonsum/Esstörungen („Pro Ana“/„Pro-Mia“))

Diskriminierung: 10

(Benachteiligung oder Herabwürdigung von einzelnen Menschen oder Gruppen aufgrund von Bewertungen anhand von tatsächlichen oder zugeschriebenen gruppenspezifischen Merkmalen, etwa Abstammung, Hautfarbe oder Ethnie, nationale Herkunft, Geburt, soziale Herkunft oder wirtschaftliche Verhältnisse, Sprache oder Alter, Geschlecht, Religion, politische oder sonstige Überzeugung, sexuelle Orientierung sowie körperliche oder geistige Fähigkeiten und körperliches Erscheinungsbild)

8. Für wie viele Einträge in der Liste der jugendgefährdenden Medien steht im Jahr 2020 ein Verfahren von Amts wegen nach § 18 Absatz 7 Satz 2 Jugendschutzgesetz an (bitte unter Angabe des ursprünglichen Indizierungsgrundes für die Kategorien Printmedien, Filme, Tonträger, Spiele und Onlineangebote aufschlüsseln)?

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Verfahren von Amts wegen nach § 18 Absatz 7 Satz 2 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG), aufgeschlüsselt nach Medienart.

Jahr 2020	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
v.A.w.	57	42	95	25	0	0

9. Wie viele Listenstreichungen nach § 21 Absatz 5 Nummer 2 des Jugendschutzgesetzes wurden in den letzten zehn Jahren vorgenommen (bitte in absoluten Zahlen sowie vom Hundert und unter Angabe des Mediums aufschlüsseln)?

Nachstehend folgt eine Übersicht über die vorzeitigen Listenstreichungen von Amts wegen für den Zeitraum von 2009 bis 2019, aufgeschlüsselt nach Medienart.

Jahr	Filme	Spiele	Printmedien	Tonträger	Onlineangebot	Sonstiges
2009	44	1	0	0	0	0
2010	21	0	4	0	0	0
2011	21	5	5	0	0	0
2012	35	2	0	0	0	0
2013	58	1	0	0	0	0
2014	28	5	0	0	0	0
2015	16	4	0	0	0	0
2016	62	9	0	0	0	0
2017	66	10	0	0	0	0
2018	22	3	0	0	0	0
2019	48	8	0	5	0	0

10. In wie vielen Fällen wurde auf eine Bekanntmachung der Streichung aus der Liste jugendgefährdender Medien mit dem Verweis auf die Wahrung des Jugendschutzes gemäß § 24 Absatz 3 Satz 2 JuSchG verzichtet (bitte für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?

Es wurde in keinem Fall auf eine Bekanntmachung der Streichung aus der Liste jugendgefährdender Medien verzichtet.

11. In wie vielen Fällen wurde ein Medium in Teil B oder D der Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen und anschließend durch rechtskräftiges Urteil in Teil A oder C der Liste aufgenommen (bitte für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?

Stellt ein Gericht in einer rechtskräftigen Entscheidung fest, dass ein indiziertes Medium nicht strafrechtlich relevant ist und wird die BPjM hierüber in Kenntnis gesetzt, so erfolgt eine Listenumtragung in die Listenteile A bzw. C. Die Liste der jugendgefährdenden Medien wird entsprechend angepasst und aktualisiert. Im Nachhinein lässt sich daher nicht mehr rückverfolgen, bei welchen Medien eine Listenumtragung erfolgt ist, da die Liste stets nach dem aktuellen Stand geführt wird.

12. Welche Maßstäbe, Erfordernisse, Zielsetzungen und Chancen sieht die Bundesregierung beim intelligenten Chancen- und Risikomanagement für den Jugendschutz?

Intelligentes Chancen- und Risikomanagement in Bezug auf den Jugendmedienschutz wird als die erforderliche Anpassung der Wahrnehmung des staatlichen Schutzauftrages bezüglich der Abwehr von Gefährdungen für die eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen durch Medien verstanden. Die Erforderlichkeit ergibt sich aus der sich insbesondere im Zuge der Digitalisierung aller Lebenswelten stark veränderten und verstärkten Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Zahlreiche Gefährdungslagen können insbesondere bei interaktiver Mediennutzung entstehen, wie zum Beispiel Cybergrooming, Cybermobbing, Anleitung zur Selbstverletzung, Kostenfallen oder radikalisierende Ansprache. Ein moderner Kinder- und Jugendmedienschutz muss auf die möglichst unbeschwerte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an (digitalen) Medien abzielen. Diese Interpretation des Schutzauftrags folgt dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (Kinderrechtskonvention – VN-KRK) mit den Kinderrechtskategorien Schutz, Befähigung und Teilhabe. Diese gelten auch für den digitalen Raum und bilden sowohl Maßstab als auch Zielsetzung des staatlichen Schutzauftrages.

Ein in diesem Sinne intelligentes Chancen- und Risikomanagement erfordert u. a. ein Zusammenwirken aller Akteure, die für ein gutes Aufwachsen mit Medien einen Beitrag leisten können. Hierunter fallen insbesondere Akteure aus Jugendschutz und Jugendhilfe, aber genauso Medienaufsicht, Anbieter, die vielfältige medienpädagogische Praxis, Ärzteschaft, Wissenschaft sowie Kinder, Jugendliche und ihre Eltern. Seine Chance besteht darin, im Zusammenwirken dieser Akteure – unabhängig von gesetzlichen Verpflichtungen oder in Ausgestaltung dieser – Maßnahmen zu ergreifen, die Kinder und Jugendliche bei ihrer Mediennutzung strukturell unterstützen.

13. Wie erfolgt das intelligente Chancen- und Risikomanagement für den Jugendschutz konkret?

Zur Operationalisierung eines zwischen Bund und Ländern verabredeten jugendpolitischen Strategieprozesses (s. Beschluss des Bund-Länder-Eckpunkte-papiers der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) „Kinder- und Jugendmedienschutz als Aufgabe der Jugendpolitik“ vom 3./4. Mai 2018), hat die BPjM auf Grundlage einer Zielvereinbarung mit dem BMFSFJ im Jahr 2018 das Veranstaltungsformat Zukunftswerkstatt gestartet. Die Zukunftswerkstatt wird wissenschaftlich begleitet vom JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. Dem kinderrechtlichen Ansatz entsprechend kommt es in der Zukunftswerkstatt darauf an, die verschiedenen Perspektiven und Disziplinen, die für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Medien besonders relevant sind, zusammenzuführen und miteinander zu vernetzen. In unterschiedlichen Formaten und an der jeweils benötigten fachlichen Expertise ausgerichtet, werden die Beteiligten der Verantwortungsgemeinschaft für ein gutes Aufwachsen mit Medien zusammengebracht, um gemeinsam an der Verwirklichung der Kinderrechte auf Schutz, Befähigung und Teilhabe in Bezug auf digitale Mediennutzung zu arbeiten. Über eine Flexibilität der Formate wird eine zielgenaue und bedarfsgerechte Aufarbeitung der jeweiligen Fragestellungen ermöglicht.

Der Prozess ist in drei Arbeitsschwerpunkte strukturiert: Gefährdungserhebung, Gefährdungsanalyse und Gefährdungsbegegnung. Gefährdungserhebung und -analyse bilden bislang den Schwerpunkt der Arbeit in der Zukunftswerkstatt und stellen die Grundlage für zukünftige Maßnahmen der Gefährdungsbegegnung dar. Auf der Ebene der Gefährdungserhebung wurde mit der Herausgabe eines „Gefährdungsatlas“ bereits grundlegende Arbeit geleistet (abrufbar unter: <https://www.bundespruefstelle.de/blob/142084/2c81e8af0ea7cff94d1b688f360ba1d2/gefaehrdungsatlas-data.pdf>). Der in der Autorenschaft des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Medienforschung Hans-Bredow-Institut (HBI) entstandene Gefährdungsatlas ist das erste im Rahmen der Zukunftswerkstatt erarbeitete Produkt in gedruckter und veröffentlichter Form sowie die Wissensbasis für den weiteren Arbeitsprozess. Dem Anspruch folgend, vom Kind aus zu denken, wird im Gefährdungsatlas die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Mediennutzung sowie ihr Mediennutzungsverhalten vorangestellt. Der Gefährdungsatlas enthält in der ersten Auflage einen nicht abschließenden Überblick über 35 Medienphänomene, mit denen Gefährdungen für die unbeschwerte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Mediennutzung verbunden sind oder die selbst die Gefährdung darstellen. Im Spannungsfeld von Teilhabeanspruch und Schutzbedürfnis werden die Phänomene in Fokuspunkten der Fachdiskussion unter Berücksichtigung der verschiedenen Rollen, in denen Kinder und Jugendliche mit den Phänomenen in Berührung kommen, ausgeleuchtet. Eine abschließende kinderrechtliche Einordnung arbeitet heraus, dass der Kinder- und Jugendmedienschutz einer Neuausrichtung in Bezug auf Schutzziele und Instrumente bedarf, um über infrastrukturelle Schutz- und Hilfemechanismen und verstärkte Orientierung für Kinder, Jugendliche, Eltern und Fachkräfte eine unbeschwerte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an digitalen Medien zu gewährleisten. Letzteres Erfordernis sowie die Notwendigkeit, die angestoßenen Prozesse fortzuführen, hat die Bundesregierung mit dem Regierungsentwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendschutzgesetzes konsequent aufgegriffen. Zum einen wird dort der Ansatz systemischer Vorsorgepflichten zur Umsetzung des Erfordernisses struktureller Schutz- und Hilfemechanismen umgesetzt.

Zum anderen wird die künftige Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz beauftragt, auf ihre oben dargestellten grundlegenden Vorarbeiten aufzusetzen und das intelligente Chancen- und Risikomanagement insbesondere durch einen groß angelegten und dialogorientierten Austausch aller relevanten Akteure weiter zu institutionalisieren.

14. Welche Gespräche haben seitens der BPjM zur Etablierung einer Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement stattgefunden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird zunächst Bezug genommen. Die BPjM steht in diesem Zusammenhang permanent im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der gesamten oben genannten Akteurslandschaft.

15. Welche Vernetzungsstrukturen wurden im Zuge der Etablierung einer Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement seitens der BPjM seit Beginn der 19. Wahlperiode geschaffen?
16. Durch welche Maßnahmen hat die BPjM seit Beginn der 19. Wahlperiode eine gemeinsame Verantwortungsübernahme von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefördert?

Die Fragen 15 und 16 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Am 9. Oktober 2018 fand in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund die Auftaktveranstaltung zur Zukunftswerkstatt unter dem Titel „Digitale Fürsorge – vom Kind aus gedacht“ mit ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Die Veranstaltung legte den Grundstein für eine multiperspektivische und interdisziplinäre Gefährdungserhebung durch die Beiträge von 15 Fachreferentinnen und Fachreferenten sowie weiterer Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Politisch gerahmt wurde die Auftaktveranstaltung durch Beiträge von Staatssekretärin in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund für Europa, Medien und Digitales Heike Raab, Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz sowie Staatssekretärin Juliane Seifert, BMFSFJ. Themenschwerpunkte für den weiteren Bearbeitungsrahmen bildeten im Jahr 2019 folgende Bereiche und die damit einhergehenden vielfältigen Integritätsgefährdungen für Kinder und Jugendliche, die im Zusammenhang mit entsprechenden Medienphänomenen auch in dem in der Antwort zu Frage 13 ausführlich beschriebenen Gefährdungsatlas behandelt werden: Unbeschwerter Teilhabe an digitaler Kommunikation, sexuelle Selbstbestimmung im digitalen Wandel, Identität und Datensouveränität angesichts der Digitalisierung.

In drei auf jeweils ca. 40 interdisziplinäre Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgelegten ExpertInnen-Workshops am 1. Oktober 2019, 12. November 2019 und 2. Dezember 2019 wurden hinsichtlich der jeweiligen Schwerpunktthemen folgende Fragestellungen bearbeitet:

- Sozialethische Grundlagen: Welche Erziehungs- und Sozialisationsziele bestehen aus der Perspektive diverser Disziplinen hinsichtlich des jeweiligen Themenschwerpunktes?
- Praxisprüfung zur Gefährdungsanalyse: Welche im Gefährdungsatlas dargestellten Medienphänomene und Gefährdungen bedürfen prioritär einer Vertiefung bzw. Berücksichtigung im weiteren Analyseprozess?
- Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen sowie -konzepte: Welche Lücken und Verbesserungsbedarfe bestehen in vorhandenen Konzepten sowie bei praktizierten Maßnahmen und welche Visionen für neue Ansätze gibt es?

Ein wesentliches Ergebnis aller Workshops war der Bedarf nach einem vertiefenden Austausch mit Anbietern von Telemedien.

Darauf aufbauend wurde für das Jahr 2020 ein Anbieterdialog konzipiert, der schwerpunktmäßig die Anbieter von Betriebssystemen, Plattformen und explizit kindgerechten Angeboten einbeziehen sollte, aufgrund der Covid-19-Pandemie allerdings noch nicht umgesetzt werden konnte. Eine erste digitale Veranstaltung ist für November/Dezember 2020 unter Einbeziehung von Google und Microsoft vorgesehen.

17. Wie hat sich der Haushalt der BPjM in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte unter Angabe der Veränderung der Haushaltszuweisungen in Bezug zum jeweiligen Vorjahr vom Hundert angeben)?

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die nachstehende Tabelle verwiesen.

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kapitel	1703	1703	1703	1703	1714	1714	1714	1714	1714	1714	1714
Gesamtsumme in T€	1.514	1.350	1.385	1.491	1.276	1.338	1.320	1.344	1.824	2.421	2.133
Aufwuchs/ Absenkung (vH)	0,0	-10,8	+2,6	+7,7	-14,4	+4,9	-1,3	+1,8	+35,7	+32,7	-11,9

